

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Gedenkjahr 2013 Vor 75 Jahren: „Nacht über Österreich“

Im März 1938 hat Österreich zu existieren aufgehört. Der Weg von Dollfuß zu Hitler war nur kurz. Er begann mit dem Jahr 1933, als das Parlament ausgeschaltet wurde, und setzte sich fort in den Februartagen 1934 und der austrofaschistischen Diktatur bis 1938. Der stärkste Widerstand gegen den Nazi-Faschismus, die organisierte Arbeiterschaft, war aus dem staatlichen Leben ausgeschaltet. Verzweifelte Versuche im Februar 1938, noch eine gemeinsame Abwehrfront gegen Hitler zu schaffen, scheiterten an der Unfähigkeit und an der sklavischen Haltung des damaligen Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg. So hatte Hitler ein leichtes Spiel mit den Österreichern, die von Arbeitslosigkeit geplagt und vom Antisemitismus infiziert glaubten, Hitler bringe Arbeit und Brot. – Aber er bereitete nur den Zweiten Weltkrieg vor. Das siebenjährige Naziregime ließ in Österreich 1945 chaotische Zustände zurück. Dass es dennoch zu einer baldigen Wiederaufnahme der staatlichen Funktionen in Österreich kam, ist nur dem Geschick von bewährten Politikern und von Menschen des Widerstandes zu verdanken. Das sind Tatsachen, die viele junge Menschen von heute nicht kennen und deshalb wieder Opfer von politischen Fehlentwicklungen werden könnten.

Aus diesem Anlass plant die Bundesregierung für 2013 eine Reihe von Veranstaltungen und auch der Bundespräsident wird

zu einem Staatsakt in der Hofburg einladen, um an die Opfer des sieben Jahre währenden nationalsozialistischen Regimes zu erinnern.

Vor allem soll auch jener gedacht werden, die aktiven Widerstand gegen das Hitler-Regime leisteten. Sie haben bis jetzt im kollektiven Gedächtnis einen Nischenplatz eingenommen. Es handelt sich um jene Kämpfer, die durch den sogenannten Volksgerichtshof zum Tode verurteilt wurden und in der Gruppe 40 des Zentralfriedhofs beerdigt sind. Dort soll eine nationale Gedenkstätte als Ehrenhain gestaltet werden.

Politische Gefangene wurden in strenge Einzelhaft gesteckt. Oft dauerte es Monate, bis sie ihre Familienangehörigen überhaupt sehen konnten. Die Nazis vollstreckten im Wiener Landesgericht hunderte Todesurteile. Die Leichen wurden entweder für medizinische Studien in der NS-Medizin missbraucht und ins Anatomische Institut überführt oder im Bereich der Gruppe 40 verscharrt. Diese Prozesse waren Schauprozesse, ohne dass je die Chance auf einen Freispruch bestanden hätte. Auch die Opfer vom Schießplatz

Kagran, des SS-Massakers in Hadersdorf am Kamp und des Konzentrationslagers Hinterbrühl sind in der Gruppe 40 vergraben worden. 2.000 Namen sind bis jetzt bekannt.

Nun hat die Bundesregierung über Initiative von Bundeskanzler Faymann gemeinsam mit den Opferverbänden und dem DÖW

wicklung, die mit den klaren Worten des seinerzeitigen Bundeskanzlers Vranitzky beginnt, in denen er sagte: Österreicher waren sowohl Täter als auch Opfer, aber die Zweite Republik ist und bleibt die Antithese zum NS-Gewaltregime.

Aber die Forderung nach einem Ehrenhain haben schon vorher die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen durchgesetzt. Ihr Vorsitzender, Ernst Nedwed, hat Bürgermeister Michael Häupl dafür gewinnen können, ein massives Zeichen in Form eines Steinmonuments von Leopold Grausam errichten zu lassen. Damit war der Anfang für diese nationale Gedenkstätte gemacht.

Im „Mahnruf“ wird die Meldung der Neugestaltung mit Kritik an der Bundesregierung verbunden. Das ist jedenfalls eine unqualifizierte Polemik eines sogenannten überparteilichen Verbandes. Gerade in dieser Zeit der innenpolitischen Auseinandersetzung (Landtagswahlen, Nationalratswahlen etc.) ist es notwendig, dass die Verbände der Arbeitsgemeinschaft, die in der Opferfürsorge zusammenarbeiten, einen gemeinsamen Weg gehen.

e.n. ■



Bürgermeister Michael Häupl bei der Enthüllung des Denkmals im Ehrenhain der Gruppe 40

eine Initiative gesetzt. Herzstück wird eine Gedenktafel mit den Namen der Opfer sein. Vorangegangen ist eine Ent-



Darabos: Unser Heer braucht Profis

Von der Bundesgeschäftsstelle wurde uns ein Interview mit Verteidigungsminister Darabos übermittelt, das wir vollinhaltlich abdrucken und an dessen Ende wir einige Anmerkungen anbringen.

Profibeer – Wehrpflicht ist nicht mehr zeitgemäß

Verteidigungsminister Norbert Darabos erklärt, warum es so wichtig ist, am 20. Jänner für das Profiheer zu stimmen.

Warum soll die Wehrpflicht eigentlich abgeschafft werden?

Darabos: Zum einen gehen uns aufgrund der niedrigen Geburtenzahlen die Grundwehrdiener aus. Schon 2015 können wir den Bedarf des derzeitigen Systems nicht mehr decken. Wenn wir nicht handeln, fährt das System an die Wand. Zum anderen haben sich die Herausforderungen für das Bundesheer geändert. Die Zeiten des Kalten Krieges und der Ost-West-Blöcke sind Geschichte. Die Bedrohungsszenarien sind komplexer geworden und stellen spezielle Anforderungen an das Heer, die nur mit Profis zu bewältigen sind.

Wäre eine Attraktivierung der Wehrpflicht nicht ein gangbarer Weg?

Darabos: Die Wehrpflicht ist nicht mehr zeitgemäß und auch nicht reformierbar. Das derzeitige System führt dazu, dass etwa 60 Prozent der Grundwehrdiener nicht für militärische Aufgaben herangezogen, sondern als Köche, Küchengehilfen oder für andere Hilfsdienste genutzt werden. Eine Veränderung des Systems ist notwendig, das Profiheer bietet dafür die beste Lösung.

Wie soll das Bundesheer seine Aufgaben ohne Grundwehrdiener erfüllen?

Darabos: Ich habe ein Modell vorgelegt, das mit einer Mischung aus Berufs- und Zeitsoldaten sowie einer Profi-Miliz

sicherstellt, dass das Bundesheer alle seine Aufgaben weiterhin erfüllen kann: Landesverteidigung, Katastrophenhilfe, Friedenseinsätze im Ausland. Wir steigern die Qualität sogar, denn wir ersetzen Grundwehrdiener mit geringer Ausbildung durch motivierte Vollprofis. In Zukunft können wir also noch besser helfen.

Wie soll es mit den Assistenzsätzen zur Katastrophenhilfe weitergehen, wenn die Wehrpflicht abgeschafft ist?

Darabos: Im Bereich der Katastrophenhilfe zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den anderen Aufgaben des Bundesheeres: Spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten sind gefragt, etwa für Evakuierungen mit Hubschraubern, für die Versorgung aus der Luft, den Einsatz von Bergepanzern etc. Dafür braucht es Profis.

Wird es möglich sein, das Profiheer kostenneutral zu gestalten?

Darabos: Ein Profiheer mit starker Milizkomponente wird etwa dasselbe kosten wie das derzeitige Bundesheer, nämlich rund zwei Mrd. Euro pro Jahr. Das liegt daran, dass ein Profiheer schlanker und effizienter ist, an Ausbildungs- und Verwaltungskosten kann viel eingespart werden.

Ist ein Bundesheer, das aus Berufssoldaten besteht, nicht demokratiepolitisch bedenklich?

Darabos: Wir leben in einer gefestigten Demokratie mit einem mehrstufigen System von „Checks and Balances“, mit parlamentarischer Kontrolle und einem militärischen Oberbefehl durch den Bundespräsidenten. Ereignisse, vergleichbar mit jenen des Februar 1934, sind ausgeschlossen. Auch sieht das SPÖ-Modell kein reines Berufsheer vor, sondern ein Profiheer aus Berufs- und Zeitsoldaten mit einer starken Profi-Miliz, die das Profiheer fest in der Gesellschaft verankert.



Verteidigungsminister Norbert Darabos unermüdlich im Einsatz

Eine Abstimmung über die Wehrpflicht in einem Wahljahr ist für eine Partei natürlich eine gefährliche Herausforderung. Deshalb werden auch einige Mitglieder, die nicht unbedingt der Meinung des Genossen Darabos sind, sich diesmal zu überlegen haben, ob sie dennoch, unabhängig vom Thema, für die Vorschläge eines Genossen stimmen, der als aktiver Antifaschist bekannt ist und insbesondere viele Maßnahmen, z. B. gegen neonazistische Umtriebe im Umfeld des Bundesheeres, gesetzt hat. Auch in der Gedenkkultur ist Bundesminister

Darabos ein Vorbild. Jedenfalls ist BM Darabos ein Garant dafür, dass die Linie der Neutralität aufrecht bleibt.

Zum Thema Februar 1934, der von manchen Genossen und Genossinnen als mögliche Gefahr für den Einsatz eines Berufsheers gegen das Volk gesehen wird, können wir als Freiheitskämpfer/innen nur sagen, die Geschichte hat sich so entwickelt, dass eine Konstellation wie damals nicht mehr möglich ist.

Ernst Nedwed ■



Deserteursdenkmal: Umsetzung durch KÖR am Ballhausplatz

Wien (OTS) – „Das Deserteursdenkmal wird künftig als wichtiger Teil der Wiener Gedächtniskultur in der Volksgarteneinbuchtung am Ballhausplatz an die Opfer der NS-Militärjustiz erinnern. Der Standort ist ein würdiger Ort, um im Zentrum der Stadt, in der Nähe von Bundeskanzleramt und Präsidentschaftskanzlei an jene zu erinnern, die ihr Leben aufs Spiel setzten, um nicht in der NS-Wehrmacht dienen zu müssen, und jene, die von NS-Militärjuristen ermordet wurden. Die Wiener Stadtregierung ist damit die erste österreichische

Gebietskörperschaft, die ein Deserteursdenkmal umsetzt“, so Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny und der grüne Klubobmann David Ellensohn.

Die Entscheidung für diesen Standort fiel unter enger Einbindung des Personenkomitees „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“, zahlreicher ExpertInnen und der Anrainer. Damit wurde nach einer intensiven Planungsphase, in der auch die bedeutende Rolle der Wehrmachtsdeserteure fundiert dargestellt wurde, der geeignete Ort zur Erinnerung und Mah-

nung gefunden. Nunmehr geht es um die rasche Umsetzung, mit der „KÖR Kunst im öffentlichen Raum“ in den kommenden Tagen beauftragt wird. KÖR hat bereits mehrere Projekte an Erinnerungsorten verwirklicht, z. B. den Turnertempel im 15. Bezirk, die [transkription] im Thuryhof oder die Schlüssel gegen das Vergessen in der Servitengasse u. v. a. m. Das Mahnmal wird so rasch wie möglich umgesetzt. Dabei wird KÖR auf die erprobte Vorgangsweise über eine Projektjury, eine fundierte historische Begleitung und einen geladenen Wettbewerb zurückgreifen.

„Wir gehen davon aus, dass das Denkmal im Jahr 2013 realisiert werden kann“, zeigen sich Mailath-Pokorny und Ellensohn zuversichtlich.

– Rückfragehinweis: Mag. Daniel Benyes, Mediensprecher des Stadtrates für Kultur und Wissenschaft, Friedrich-Schmidt-Platz 5, 1082 Wien, Tel.: 01/4000-81192, daniel.benyes@wien.gv.at, www.mailath.at, www.facebook.com/andi.mailath und Mag. Katja Svejkovsky, Mediensprecherin Grüner Klub Rathaus, Tel. 4000-81814, http://wien.gruene.at ■

Und wieder spukt es am Ulrichsberg: Ehemaliger Waffen-SSler hielt Ansprache

Nach zweijähriger Unterbrechung fand das heurige, umstrittene „Heimkehrertreffen“ wieder am Ulrichsberg/Kärnten statt. 2009 wurde die Gedenkveranstaltung am Berg abgesagt, nachdem Bundesminister Norbert Darabos die Teilnahme des Bundesheers unterbunden hatte. 2010 fand das Treffen in Maria Saal, 2011 im Konzerthaus Klagenfurt statt. An die 300 Personen, darunter einige junge Männer, die offensichtlich der Neonaziszene zumindest nahehestehen, nahmen am heurigen „Treffen am Berg“ teil.

In einem Teil der Gedenkstätte, einer Kirchenruine, erinnern u. a. „Ehrentafeln“ an die Gefallenen der SS-Verbände aus den baltischen Staaten, aus Belgien, Bulgarien, Frankreich, Holland, Norwegen, Rumänien und Spanien. Zur Erinnerung: Im Verlauf der Nürnberger Nazi-Prozesse wurden die SS-Verbände als kriminelle Organisationen qualifiziert. Bei den jährlich stattfindenden Ulrichsbergtreffen geben sich Rechtspopulisten, Rechtsextreme

und Neonazis aus Kärnten, Österreich und anderen europäischen Ländern ein Stelldichein. Nach außen hin werden die Treffen verharmlosend als „Heimkehrertreffen“ und die Gedenkstätte als „Erinnerungsort an den Kärntner Abwehrkampf“ bezeichnet. Dass die Bedeutung aber für den harten Kern der rechtsextremen Szene in Österreich eine weitaus größere ist, zeigt die wiederholte Teilnahme der neonazistischen europäischen „Prominenz“, wie etwa die der Tochter von Heinrich Himmler.

Im Vorfeld des heurigen Treffens gab es öffentliche Proteste gegen die geplante Rede von Herbert Belschan von Mildenburg, einem ehemaligen Mitglied der Waffen-SS. Im Lichte der Proteste erklärte drei Tage vor dem Treffen der Obmann der Ulrichsberggemeinschaft, Hermann Kandussi, dass Mildenburg am Ulrichsberg nicht sprechen werde. Am darauffolgenden Sonntag sprach Mildenburg und Kandussi begründete seine Kehrtwendung damit, dass man sich von niemandem vorschreiben lasse, wer bei einer

Gedenkveranstaltung sprechen dürfe. Und so ergriff neben Mildenburg auch ein Vertreter der „Gedengemeinschaft für Walter Nowotny“ das Wort. Der hoch dekorierte Luftwaffenoffizier Nowotny war ein eindeutiger Anhänger der Nazi-Ideologie. Die Stadt Wien entzog ja bekanntlich Nowotnys Grab den Status als Ehrengrab und wandelte es in ein Soldatengrab um. Kandussi übte in seiner Rede scharfe Kritik am Fehlen des Bundesheers und an den verunglimpfenden Medienberichten zum Ulrichsbergtreffen. Er erklärte, dass das Treffen „trotz immerwährender Angriffe der Systemmedien“ Zukunft habe.

Nirgendwo, in keinem Land Europas, gibt es eine vergleichbare Gedenkstätte, mit der einem „Heldentum“ in einem verbrecherischen Angriffskrieg gehuldigt wird. Es liegt an uns Freiheitskämpfer/innen und allen Antifaschist/inn/en, ob es eine Zukunft der Ulrichsbergtreffen geben wird oder nicht.

Ali Koblbacher ■



Erinnern für die Zukunft

Wien pflegt sorgsam Umgang mit seiner Vergangenheit: Jahrhundertalter Schmelztiegel im Herzen des Kontinents, geistiges Zentrum Europas rund um die Jahrhundertwende und Bühne turbulenter Zeitgeschichte – die österreichische Hauptstadt war seit jeher ein Ort, wo sich Weltgeschichte ereignet hat. Seit Jahren beschäftigt sich die Kulturabteilung damit, diese Vergangenheit wachzuhalten und – wo nötig – durch Zusatztafeln oder Kunstwerke erklärend zu ergänzen. Nun sind einige wichtige davon in der Broschüre „Erinnern für die Zukunft“ zusammengefasst.

Die Broschüre erschien im Oktober 2012 und ist im Sekretariat der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen erhältlich.



Rudolf Schicker (oben)

V.l.n.r. Stefan Jagsch,
Hannes Schwantner, Herta Slabina
und Rudolf Schicker



Gedenken an die Opfer des Faschismus auf dem Wiener Zentralfriedhof

In allen Landeshauptstädten unserer Republik fanden am 1. November Veranstaltungen der SPÖ und der Freiheitskämpfer/innen zum Gedenken an jene Genossinnen und Genossen statt, die der Verfolgung und dem Terror des Austrofaschismus und des Nazi-Faschismus zum Opfer fielen. So auch in Wien. Trotz schlechten Wetters folgten hunderte TeilnehmerInnen dem Aufruf der Wiener SPÖ und der Landesorganisation Wien der Freiheitskämpfer/innen und formierten sich, angeführt von einem starken Fahnenblock der sozialistischen Jugendorganisationen, zu einem Gedenkmarsch am Wiener Zentralfriedhof. Nach kurzen Gedenkpausen bei den Gräbern von Rosa Jochmann, Bruno Kreisky und Anton Benya bewegte sich der Zug zum großen Mahnmal für die Opfer für ein freies Österreich 1934–1945. Hier ergriffen Prof. Hannes Schwant-

ner und Herta Slabina für die Freiheitskämpfer das Wort, Dipl.-Ing. Rudolf Schicker, Vorsitzender des SPÖ-Landtagsklubs, hielt die Gedenkrede. Genosse Schicker betonte, „dass die Entstehung autoritärer, faschistischer Systeme in der Regel Ausfluss unbefriedigender sozialer und ökonomischer Verhältnisse ist“. Die aktuelle kapitalistische Weltwirtschaftskrise führt auch in Österreich zu gravierenden sozialen Problemen. „Reiche werden reicher, Arme bleiben arm und all jene, die sich etwas erarbeiten konnten, müssen feststellen, dass ihr bescheidener Wohlstand immer mehr schwindet.“ Er stellte fest: „Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass die Lasten der Krisenbewältigung vor allem von jenen getragen werden müssen, die die Krise ausgelöst haben. Dafür stehen wir Sozialdemokraten.“ Schicker weiter: „Sparen allein ist ungerecht und macht kaputt,

nicht nur die Wirtschaft, ganz sicher aber die Gemeinschaft und die Solidarität und leistet autoritären Systemen Vorschub. Wer dem entgegengetreten will, und das muss die europäische Sozialdemokratie wollen, dem dürfen die Millionen an Arbeitslosen und die Heere arbeitsloser Jugendlicher nicht wurscht sein.“ Für Sozialdemokraten ist klar, dass das Friedensprojekt Europäische Union vermehrt Gerechtigkeit und Solidarität für die Behebung der Krise in Europa und in Ländern wie Griechenland oder Spanien braucht, so Schicker. „Das Gedenken an unsere Opfer ist wichtig, heute und in der Zukunft. Die ökonomischen Verhältnisse so zu gestalten, damit die Pest des Populismus und des Faschismus nicht greifen kann, ist heute entscheidend für die Demokratie und eine sozial gerechte Gesellschaft.“ Nach der Kranzniederlegung fand der Gedenkmarsch seine

Fortsetzung in einer Kundgebung bei der Gruppe 40 für die von der Nazi-Justiz ermordeten Freiheitskämpfer und die ermordeten Kinder, die der Euthanasie am Spiegelgrund zum Opfer fielen. Hier ergriff auch Käthe Sasso, eine Widerstandskämpferin und Überlebende des KZ Ravensbrück, das Wort. Käthe Sasso hatte sich jahrelang dafür eingesetzt, dass für diese Opfer ein würdiges Denkmal errichtet wurde und die Anlage neu gestaltet wird. Der Gedenkmarsch fand seinen Abschluss bei den Mahnmalen für die gefallenen Februarkämpfer und für die im Kampf gegen den Franco-Faschismus gefallenen österreichischen Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg. Herta Slabina hielt eine berührende und zugleich mahnende Rede. Gemeinsam wurde die Internationale gesungen.

Ali Koblbacher ■



Gedenken beim ehemaligen Aspangbahnhof

Alljährlich ruft ein Komitee, bestehend aus einer Reihe antifaschistischer Organisationen, zum Gedenken an den 9. November 1938, als die Gewaltverbrechen gegen die Juden begonnen haben, auf.

Unser Redner war diesmal Uli Lehner, der in seinen Ausführungen sagte:

„Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en dankt der Initiative Aspangbahnhof für ihre anerkennenswerten Bemühungen, jährlich am 9. November, und dies seit dem Jahr 1994, jener Menschen zu gedenken, die von hier in Eisenbahnzügen zu ihrer Ermordung gekarrt wurden. Mehr als 12.000 Jüdinnen und Juden sind auf diese Weise in Izbica, Kielce, Kowno, Minsk,

Modliborzyce, Opatow und Lagow, Opole sowie Wlodawa zu Opfern des nationalsozialistischen Terrorregimes geworden.

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer wurde am 12. März 1949 gegründet. Seine jahrzehntelange Vorsitzende und spätere Ehrenvorsitzende war die Widerstandskämpferin Rosa Jochmann. Sie und alle Funktionärinnen/Funktionäre und Mitglieder waren sich von Anfang an dessen bewusst, dass antifaschistisches Gedenken mit politischer Aufklärung über die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus, über seine Wurzeln im Kapitalismus und mit dem Eintreten für eine bessere Welt mit demokratischen Arbeitsverhältnissen einhergehen muss. Daher hat sich der Bund seit

Anfang der 1970er Jahre erfolgreich darum bemüht, Jüngere und Junge in seine Reihen aufzunehmen und diese politische Aufklärungsarbeit zu intensivieren.

Der Kapitalismus war wegen seines Rückfalls in das Stadium der Brachialgewalt des Faschismus nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa politisch diskreditiert. Aber spätestens seit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Zentralverwaltungswirtschaften saß er in seiner neoliberalen Ausformung wieder fest im Sattel. Er bediente antidemokratische Ressentiments durch den massenmedial propagierten Slogan von der „Politikverdrossenheit“ und durch die Anzweiflung beziehungsweise Herabwürdigung der demokratischen Öffentlichkeit.“

Lehner beendete seine ausführliche Rede mit einem Buchzitat:

Bertolt Brecht ruft uns im Epilog zu seinem Parabelstück „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ zu:

„Ihr aber lernet, wie man siebt statt stiert
Und handelt, statt zu reden noch und noch.
So was hätt einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Dass keiner uns zu früh da triumphiert –
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“

Dies zu bedenken, mahnen uns die vom Faschismus Ermordeten, damit ihr Opfer nicht vergeblich war. e.n. ■

Die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände nahm am 17. November 2012 mit einer Delegation an der Feier im Gedenken an die Roma und Sinti in Lackenbach teil.



Ehrengäste mit BM Dr. Claudia Schmied

Friedl Krenn 1923–2012

Das Herz der langjährigen Koordinatorin der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände, Friederike Krenn, hat zu schlagen aufgehört. Nicht nur der KZ-Verband, wo sie seit fast 55 Jahren tätig gewesen ist, sondern alle Opferverbände trauern um sie.

Sie übernahm nach dem Ableben von Erich Fein die Aufgabe der Generalsekretärin des KZ-Verbandes und übte diese Funktion bis zu ihrem aus Gesundheitsgründen erfolgten Ausscheiden im Oktober 2010 aus. Sie war Mitglied der Wiener Rentenkommision für die Opfer und Hinterbliebenen, Mitglied der Opferfürsorgekommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, Mitglied für den KZ-Verband Burgenland im Kuratorium für die Opfer der politischen Verfolgung und Kriegsoffer in

Eisenstadt, Mitglied der Kontrolle des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes. Sie war Schriftführerin und Kassierin der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände und in dieser Funktion unersetzlich. Während des Zweiten Weltkrieges war Friedl Krenn, damals Steiner, im antifaschistischen Widerstand aktiv. Nach der Befreiung heiratete sie einen ehemaligen Spanienkämpfer. Ihren beiden Töchtern und der ganzen Familie sprechen wir unsere Anteilnahme aus.

Die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände hatte in Friedl Krenn eine engagierte Vorkämpferin und Organisatorin. In allen Gremien und vor allem als Mensch bleibt sie uns in treuer Erinnerung.



Ernst Nedwed

Gedenken an Robert Danneberg

Vor 70 Jahren, so um den 12. Dezember 1942 herum, wurde Robert Danneberg, Mitschöpfer des Roten Wien, im KZ Auschwitz ermordet. 1885 als Sohn wohlhabender jüdischer Eltern in Wien geboren, schloss sich Danneberg schon in jungen Jahren der sozialistischen Jugendbewegung an. Ein besonderes Anliegen war ihm der Lehrlingsschutz. Als Jurist stand er den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite. Viele Artikel in der Zeitschrift „Der jugendliche Arbeiter“ zeugen von seiner Jugendarbeit. Von hier ging es schnurgerade zum Arbeiterbildungswesen. Bei Leopold Winarsky und Josef Luitpold Stern, um nur einige Bildungsfunktionäre zu nennen, schärfte sich Dannebergs Sinn für die Arbeiterbildungsbewegung und schon früh stand er für den Kampf gegen Militarismus und gegen den Krieg.

1907 wurde er als 22-Jähriger der erste Sekretär der neu gegründeten Jugendinternationale. 1910 wurde Danneberg wegen seines scharfsinnigen und populären Kommentars zum Hainfelder Programm bekannt. Man kann heute nur bedauern, dass Danneberg infolge der Fülle an praktischer Parteiarbeit, mit der er zeit lebens überhäuft war, niemals die Muße fand, um an der theoretischen Entwicklung des austromarxistischen Gedankenguts mitzuarbeiten. Sicher hätte man von ihm so manchen gewichtigen Beitrag erwarten dürfen.

Während des Ersten Weltkriegs gehörte Danneberg gemeinsam mit Friedrich Adler, Gabriele Proft und anderen den sogenannten „Kriegslinken“ im Verein „Karl Marx“ an und kam damit in Konflikt zur Kriegspolitik der Partei. Ludwig Brügel schreibt 1922 in der „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“: ... (Danneberg) „ge-

bührt das unstreitig große Verdienst, in den Tagen, da überall im Proletariat noch Mutlosigkeit, fast Resignation herrschte, die nur von Kriegs- und Siegesnachrichten übertönt wurden, das erste Wort vom Internationalismus gesprochen zu haben ...“

Nach der militärischen Niederlage der k. u. k. Armee, dem Zusammenbruch der Monarchie und der Konstituierung der Republik wurde Danneberg Par-



Danneberg als Politiker – und so präsentierten ihn die Nazis

teisekretär, gehörte dem Wiener Gemeinderat an, wurde 1922 Landtagspräsident und übernahm 1932 das Finanzressort von Hugo Breitner. Mit Fug und Recht kann man Robert Danneberg als einen der bedeutendsten Mitschöpfer des Roten Wien bezeichnen.

Als die Regierung Schober ihre Verfassungsänderung durchsetzen wollte, war Robert Danneberg der Chefverhandler der SDAP. Damals ging ein Witz um: „Was ist der Unterschied zwischen Hindenburg und Schober? Hindenburg hat die Schlacht bei Tannenberg gewonnen, Schober hat die Schlacht bei Danneberg verloren.“

Als Breitner im Jahr 1932 seinen Rücktritt aus dem Amt ankündigte, kam niemand anderer als Danneberg für die Nachfolge in Betracht. Es gehörte Mut dazu, zu diesem Zeitpunkt die Verantwortung für die Wiener Finanzen auf sich zu nehmen. Nicht nur, weil sich die Folgen der Wirtschaftskrise in der Bundeshauptstadt mit noch größerer Wucht auswirkten als in der Provinz, sondern auch und vor allem, weil die Bundesregierung



tionären Sozialisten mit Rat und Tat zur Seite.

Nach dem Einmarsch der Hitlerwehrmacht wurde Danneberg von den Nazis gefangen genommen und Anfang Mai 1938 nach Dachau und Ende September nach Buchenwald gebracht. Viereinhalb Jahre lang überstand Danneberg die Qualen in Dachau und Buchenwald. Otto Binder, der mit Danneberg von Dachau nach Buchenwald „verbracht“ (Nazijargon) wurde, erzählte, wie sich einige Genossen, u. a. Roman Felleis, um den total entkräfteten Danneberg bemühten. Sie erreichten, dass er in die Bekleidungskammer zum Strümpfstopfen „kommandiert“ wurde. Er musste in Dachau die schwere Planierwalze ziehen, um den Appellplatz plan zu machen. Im Herbst 1942 nahte Dannebergs Ende.

Aufgrund eines Erlasses des Reichssicherheitshauptamtes vom 9. Oktober 1942 sollten alle im Reichsgebiet gelegenen Konzentrationslager „judenfrei“ gemacht und die Juden nach Auschwitz überstellt werden. Noch im Oktober wurden 400 jüdische Häftlinge, unter ihnen Robert Danneberg und Heinrich Steinitz, nach Auschwitz überführt. Steinitz kam sofort in die Gaskammer, Danneberg erkrankte und landete im Krankenrevier.

Ungeklärt bis heute sind sein Todestag (um den 12. Dezember 1942) und ob er eines „natürlichen Todes“ im Revier gestorben ist oder an einer Todesspritze, die man kranken und arbeitsunfähigen Häftlingen häufig gab. Nach Kriegsende brachte ein Mithäftling einen Zettel mit, den Danneberg ihm zugesteckt hatte. Auf diesem stand: „MÄRTYRERTUM IST NICHT UMSONST“.

Peter Lhotzky ■



Stadtrat Michael Ludwig enthüllte Gedenktafel für Peter Herz

Von Prof. Felix Lee erhielten wir die folgenden Zeilen, die wir gerne veröffentlichen:

Es war ein sonniger, aber eiskalter Mittwoch, der 14. November 2012, als um elf Uhr Vormittag die Feierstunde mit einer Komposition aus dem Jahr 1931 von Leo Ascher, Text Peter Herz, eröffnet wurde. Als Initiator dieser Gedenktafel war es mir eine Ehre, bei diesem Festakt auch als Musiker aktiv mitwirken zu können.

Der Gitarrist und Sänger war Roman Bibl. Die Enthüllung der Tafel nahmen Vizebürgermeister Dr. Michael Ludwig und Landtagsabgeordneter Georg Niedermühlbichler vor. Besonderer Dank gebührt AKM (Gesellschaft der Autoren, Komponisten und Musikverleger), die dieses Projekt finanziert hat.

An der Veranstaltung in Wien, Innere Stadt, in der Wohnanlage der „Fischerstiege“, nahmen

zahlreiche Mitglieder des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen teil. ■

Peter Herz (18. Jänner 1895 in Wien, † 7. März 1987) war ein österreichischer Schriftsteller, Librettist und Feuilletonist. Peter Herz hat viele bekannte Lieder getextet, zum Beispiel „Schön ist so ein Ringelspiel“ oder „In einem kleinen Café in Hernals“, vertont durch Hermann Leopoldi.



Stadtrat Ludwig, Prof. Lee und LAbg. Niedermühlbichler

Strafen für Verkauf von NS-Devotionalien werden deutlich angehoben

Wer auf Flohmärkten oder in Antiquariaten NS-Abzeichen oder andere NS-Devotionalien verkauft, wird künftig mit deutlich höheren Strafen rechnen müssen. Der Innenausschuss des Nationalrats stimmte am 22. November 2012 einstimmig einem Antrag der Grünen zu, die Höchststrafe für Verstöße

gegen das Abzeichengesetz von rund € 727,- (10.000 Schilling) auf € 4.000,- anzuheben. Damit soll der Strafraum, der seit Einführung des Gesetzes im Jahr 1960 unverändert gilt, der Inflation angepasst werden. Beschlossen wurde der Antrag in Form eines S-V-G-Abänderungsantrags, der rein

gesetznormale Korrekturen enthält.

Konkret verbietet das Abzeichengesetz, Abzeichen, Uniformen oder Uniformteile einer in Österreich verbotenen Organisation öffentlich zu tragen, zur Schau zu stellen, darzustellen oder zu verbreiten, wobei als

Abzeichen auch Embleme, Symbole und Kennzeichen anzusehen sind. Wie die Grünen in ihrem Antrag festhalten, ist der derzeitige Strafraum aber offenbar zu niedrig, um abschreckend zu wirken, da NS-Reliquien immer wieder auf Flohmärkten auftauchen. (PK) ■

Keine Ausreden mehr für Hakenkreuz-Flohmärkte: Neue Broschüre des MKÖ

Immer wieder berichten antifaschistische Medien, manchmal auch die Tageszeitungen, über Nazi-Devotionalien, die offen auf diversen Flohmärkten angeboten werden. Ein Spaziergang über den berühmten Flohmarkt am Wiener Naschmarkt zeigt, dass das Handeln mit Nazi-Brimborium weit verbreitet ist. Ohne viel Aufwand kann man dort Hitlers „Mein Kampf“ genauso erwerben wie verbotene Abzeichen. Sogar eine Hitlerbüste fand sich noch vor wenigen Wochen im Angebot dieses Flohmarkts. Ein Nach-

fragen bei den VerkäuferInnen, warum sie verbotenes Material anbieten, wird meist mit Schulterzucken und dem Hinweis darauf, dass sie nichts von einem derartigen Verbot wüssten, beantwortet. Das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) will diesem Unwissen – ob ehrlich oder vorge-schützt – nun ein Ende bereiten und stellt klar, dass HändlerInnen, die Nazi-Devotionalien zum Kauf anbieten, eindeutig gegen Gesetze verstoßen. Um diese Information argumentativ zu untermauern, hat das MKÖ im

November eine Broschüre über den strafbaren Verkauf von nationalsozialistischen Devotionalien und NS-Schriften auf Flohmärkten herausgegeben. Diese Broschüre wurde an über 200 FlohmarktbetreiberInnen in ganz Österreich sowie an die zuständigen Stellen versendet und steht gratis als Download unter www.mkoe.at/ aktuelles zur Verfügung.

Die Kontrolle der Flohmärkte in Österreich hinsichtlich nationalsozialistischer Propaganda lasse leider zu wünschen übrig, meint MKÖ-Vorsitzender Willy Mer-

nyi, der im Oktober zum FSG-Bundessekretär gewählt wurde. Bei manchen VerkäuferInnen fehle wohl tatsächlich die Rechtskenntnis. Mit der vorliegenden Informationsbroschüre des Mauthausen Komitees Österreich wird diese Wissenslücke allerdings geschlossen, so Mernyi weiter. Wenn Anbieter von NS-Devotionalien jetzt auf die Informationskampagne des MKÖ nicht reagieren, dann braucht es wohl vermehrt Anzeigen, damit bestehende Rechtsnormen eingehalten werden. *Peter Larndorfer* ■



Buchbesprechungen

Scheinparlamentarismus im Führerstaat

So manches geschichtsinteressierte Mitglied der Freiheitskämpfer/innen hat sich schon einmal die Frage gestellt: „Wie sah der Wiener Landtag und Gemeinderat in den Jahren 1934 bis 1945 aus?“ Auf fast 900 Seiten beantwortet Maren Seliger viele damit zusammenhängende Fragen. Das Buch „Scheinparlamentarismus im Führerstaat“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der faschistischen Herrschaft 1934 bis 1945 auf Wiener Lokalebene. Die vergleichende Untersuchung umfasst ideologische Begründung, Funktionsweise und personelle Zusammensetzung der „Gemeindevertretung“ in Austrofaschismus und NS-Staat. „Landtag und Gemeinderat“ gab es damals nicht. Die verwendeten Namen waren erst „Bürgerschaft“, in der Nazi-Zeit amtierten „Ratsherren“, wobei „Herren“ durchaus im Wortsinn zu verstehen war: Beide Diktaturen zeichneten sich bekanntlich durch ein vorgestriges Frauenbild aus, waren 1934 bis 1938 Frauen zumindest noch marginal im Rathaus vertreten, so gab es in der NS-Zeit keine einzige „Ratsfrau“. Wie auch der

Reichstag, das Scheinparlament, kein weibliches Mitglied hatte.

1934 beendete die Regierung Dollfuß mit dem Verbot der Sozialdemokratie auch das für das bürgerliche Wien verhasste „Rote Wien“, hob Wiens Status als Bundesland auf. Die Nazis machten Wien 1938 zu einem „Stadtgau“, gleich Hamburg. In beiden Systemen wurde die demokratische Verfassungsstruktur auf den Kopf gestellt. Die Mitglieder der Scheinparlamente kamen nicht durch Wahlen zustande, sondern wurden 1934 bis 1938 von Bürgermeister Schmitz berufen, 1938 und danach von den in Personalunion fungierenden „Reichsstathaltern und Gauleitern“ Josef Bürckel und nach diesem Baldur von Schirach.

Die austrofaschistische „Wiener Bürgerschaft“ hatte 64 Räte, die Nazis beriefen 45 „Ratsherren“. Eine Gemeinsamkeit für beide Perioden ist die soziale Struktur der berufenen Personen: Sie entstammten überwiegend der Ober- und Mittelschicht, die Unterschicht (Arbeiterschaft) war kaum vertreten. Rund zwei Drittel hatten Matura bzw. waren

Akademiker. Die größten Differenzen bestanden bei den Merkmalen religiöses Bekenntnis (wenig überraschend, dass vor 1938 90% römisch-katholisch waren, von den Mitgliedern nach 1938 bezeichneten sich 70% als gottgläubig und kamen überwiegend aus dem protestantischen Milieu) und beim Alter (im Durchschnitt waren die „Ratsherren“ bei ihrer ersten Berufung 40 Jahre alt und damit sechs Jahre jünger als ihre „schwarzen“ Vorgänger). Ca. 10% der Mitglieder der „Bürgerschaft“ vor 1938 waren bereits illegale Nationalsozialisten, wobei die Autorin Maren Seliger den Befund einer „dünnen Wand“ zwischen den beiden Diktaturen aufstellt. Die Abgrenzung zwischen beiden Gruppen von Gemeindevertretern war fließend, was sich in mehrfacher Hinsicht dokumentieren ließ: an teils übereinstimmenden antidemokratischen Einstellungen, der Parteizugehörigkeit einzelner Mandatsträger sowie politischen „Grenzgängern“ zwischen Austrofaschismus und Nationalsozialismus.

Für uns als Sozialdemokratische Freiheitskämpfer/innen schmerz-

haft erscheint das Faktum, dass unter den NS-Ratsherren auch acht Personen waren, die früher eingeschriebene Sozialdemokraten waren (auch wenn diese bis auf einen keine Funktionäre der Sozialdemokratie waren). Bei ihnen handelte es sich nicht um das in der Literatur oft gebrauchte Bild des verzweiferten jugendlichen Arbeitslosen, sondern im Gegenteil um gestandene ältere Facharbeiter. Auch wurden sie erst zum Ende der NS-Herrschaft berufen, als die Nazis glaubten, Signale in Richtung Arbeiterschaft zu senden. Allein auf mehr als 100 Seiten werden Kurzbiografien nachgezeichnet (von 83 Personen vor 1938 und 77 Personen nach 1938). Der Inhalt dieser sehr empfehlenswerten Studie kann in diesem Artikel nur angerissen werden, dem historisch Interessierten wird sie allerdings wärmstens ans linke Herz gelegt.

Seliger, Maren: Scheinparlamentarismus im Führerstaat

Kart., 1. Aufl., 888 S., 2010, Lit-Verlag, € 35,88, ISBN 978-3-643-50233-9

Gerald Netzl ■

Gedenkstätten in Bayern

Eine 438 Seiten starke Dokumentation „KZ-Friedhöfe und -Gedenkstätten in Bayern“ hat 2011 die bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen herausgegeben. Diese betreut 75 kleinere Friedhöfe, Grab- und Gedenkstätten (die großen Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg sind selbstständig). Die Historikerinnen Dr. Constanze Werner und Brigitte Bruns haben den Bestand detailliert erfasst und seine Geschichte erforscht. Unter dem Titel „Die Todesmärsche und -transporte in Bayern. Itinerare des Grauens“

(Wege des Grauens) beschreibt Werner die Situation Ende 1944, als die Nazis mit dem Vorrücken der alliierten Truppen immer mehr Lager „evakuierten“. Die Häftlinge wurden in zum Teil wochenlangen Fußmärschen und Eisenbahntransporten quer durch Nazi-Deutschland getrieben. „Etwa 700.000 Häftlinge waren zu diesem Zeitpunkt in den KZ-Haupt- und Nebenlagern eingesperrt und von den Deportationen betroffen, ca. 200.000 von ihnen starben – auf den sogenannten Todesmärschen als Einzelne, wegen Fluchtversuch

oder Erschöpfung ermordet, bei Massakern zu Dutzenden hingerichtet, während der Gütertransporte erfroren, verdurstet oder verhungert, an Krankheiten oder Erschöpfung gestorben, durch Fliegerangriffe umgekommen oder auch bereits bei der Auflösung der Lager wegen Transportunfähigkeit ermordet.“

In den betroffenen bayerischen Regionen hinterließen die Leichname der Todesmarschopfer eine Spur des Grauens. Jeder KZ-Friedhof, jede Grab- und Gedenkstätte wird in der Dokumentation ausführlich beschrieben,

mit historischem Hintergrund, der Geschichte der Grabstätte, Angaben zu den Bestatteten, einem Straßenplan, wo man sie findet, und wenigstens einem Foto. Das Buch ist für jedermann lesenswert, besonders natürlich für die Mitglieder unseres Bundes in den westlichen Bundesländern.

„KZ-Friedhöfe und -Gedenkstätten in Bayern“

2011, Verlag Schnell und Steiner, € 49,95, ISBN 978-3-795-4248-31

Gerald Netzl ■



Tramway Geschichte(n)

Der Autor dokumentiert auf über 500 Seiten den Kampf von Wiener Straßenbahnern „gegen den grünen und braunen Faschismus“ und deren politische und nach 1938 auch rassistische Verfolgung. Der Kern des Buches umfasst rund 550 Kurzbiografien von Mitarbeitern der Wiener Verkehrsbetriebe. Viele von ihnen wurden nach den Februarereignissen 1934 entlassen, schließlich waren die Straßenbahnremisen wie die großen Gemeindebauten Zentren des Aufstands und wichtige Sammelstellen für die Schutzbündler. Wiedereinstellungen nach dem „Anschluss“ 1938, deren Hintergrund Versuche der Nazis, das sozialdemokratische Milieu für sich zu gewinnen („Ak-

tion Neubacher“) waren, werden ebenso erfasst wie Entlassungen von NS-Parteigängern nach 1945. In den Biografien wird auch die dienstliche Entwicklung nach der Befreiung dokumentiert. 220 Mitarbeiter wurden unter Dollfuß bzw. Schuschnigg zu Haftstrafen verurteilt. Von den 320 Personen, gegen die das NS-Regime vorging, wurden 30 hingerichtet, weitere neun gelten als Opfer der Shoah. Diese Zahlen drücken deutlich aus, dass in der damaligen zeitgenössischen Politik der Austrofaschismus der Hauptgegner des sozialdemokratischen Widerstands war. Gegen ihn war der sozialdemokratische Widerstand und damit auch die Verfolgung viel breiter als gegen

den Nationalsozialismus. Wobei Letzterer ungemein brutaler war. Einziger Schwachpunkt des Buches sind die Einleitung über die Geschichte der Ersten Republik, die aus verschiedenen Quellen zusammengestoppelt erscheint, und das dünne, zum Teil veraltete Literaturverzeichnis. Auch das Lektorat hätte genauer arbeiten können. Diese Kritik verblasst anhand der großen Leistung, die das Buch insgesamt darstellt. Warum? Nun, da ist an erster Stelle zu nennen, dass „kleine Leute“ mit ihren kleinen Schicksalen dem Vergessen entrissen wurden. Die „große Geschichte“ betrifft auch die „kleinen Leute“, vor allem wenn diese zu historisch Handelnden werden und die Geschichte mitschreiben wollen. Das haben die Straßenbahner ge-

tan. Wertvoll ist das Buch, weil es die heute aktiven Antifaschisten an den Biografien der Straßenbahner anknüpfen lässt und wir diese in unsere Aktivitäten, in unsere Gedenkkultur einbeziehen können. Eine Vielzahl von Fotos von Gedenktafeln und Denkmälern macht das Buch auch optisch gehaltvoll.

Insgesamt mehr ein Beitrag zur Geschichte der kleinen Leute als zur Geschichte der Wiener Verkehrsbetriebe, wofür dem Autor Walter Farthofer Dank zu sagen und Respekt zu zollen ist. Kauft dieses Buch!

Walter Farthofer

Tramway Geschichte(n)

Hardcover, Wien 2012,

ÖGB Verlag, 544 S., € 24,90

ISBN: 978-3-7035-1561-3

Gerald Netzl ■

Strache im braunen Sumpf

Im September erschien das gleichnamige Buch des profunden Kenners der rechten Szene Hans-Henning Scharsach. Der Leser erfährt manch Neues, darunter wenig Überraschendes. Dass sich HC Strache in seiner Jugend an sog. „Wehrsportübungen“ beteiligte, mit der Tochter von NDP-Gründer Norbert Burger liiert war und sich in einem politisch zweifelhaften Milieu bewegte, ist bekannt. Man findet im Buch eine akribische Aufstellung aller einschlägigen Fotos, Aussagen und Untaten aus dem Leben des aktuellen Parteiführers der Freiheitlichen (mehr als 1.000

Endnoten im Anhang!). Für die tagespolitische Auseinandersetzung wenig hilfreich, als Nachschlagewerk praktisch, weil ausgezeichnet recherchiert. Wenn man z. B. wissen möchte, dass Strache bei seinen Kriegsspielen einen Gürtel mit einer Schnalle der Deutschen Wehrmacht trug, erfährt man das von Scharsach. Straches Biografie allein ist weder abend- noch buchfüllend. Deshalb schreibt Scharsach ausführlich über die neonazistischen Umtriebe von Österreichs „drittem Lager“, wie z. B. über Burschenschafter, Landsmannschaften und den Ring Freiheitli-

cher Jugend, beginnend mit dem tragischen Tod Ernst Kirchwegers 1965. Wusstest du, dass der RFJ im August 2006 entschied, keine Mitglieder mit Migrationshintergrund aufzunehmen? Auch Skurrilitäten wie jene, dass der Dachverband „Deutsche Burschenschaft in Österreich“ 1987 Rudolf Heß (!) für den Friedensnobelpreis (!) vorschlug, bringt Scharsach. Auf viel zu vielen Seiten wird nicht über Strache, sondern über den braunen Sumpf an sich geschrieben, sonst wäre es kein Buch, sondern nur eine Broschüre geworden. Mehrfach vorkommende Wiederholungen im Text machen dem Leser keine Freude.

Fazit: Die politische Auseinandersetzung mit der FPÖ findet heute in der Sozial-, Bildungs-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik statt. Der Aufstieg von Strache ist aufhaltsam. Dafür muss unsere Partei die richtigen, sozialdemokratischen Antworten finden und Korruption in den eigenen Reihen unterbinden. Scharsachs Buch eignet sich als Nachschlagewerk, Waffe im Kampf gegen die Rechten ist es eher nicht.

Scharsach, Hans-Henning;

Strache – Im braunen Sumpf

Gebunden, 1. Aufl., 335 S.

2012 Wien, Kremayr & Scheriau

€ 24,-

ISBN 978-3-218-00844-0

Gerald Netzl ■

Wir gratulieren: November bis Dezember 2012

96. Geburtstag: Marie Stanzl, Wien **94. Geburtstag:** Valerie Griesmayer, Baden

92. Geburtstag: Pauline Pölzer, Sittendorf; Margarete Flieger, Waidhofen; Josefine Borth, Berta

Pospichal, Wien **90. Geburtstag:** Melitta Putzl, Linz; Walter Ulm, Mürrzuschlag; Alfons Steirer, Wien

80. Geburtstag: Leopold Ungar, Biedermannsdorf; Walter Mitterhöfer, Forchtenstein; Hugo Hörtnagl,

Franz Sillober, Innsbruck; Ernst Veselsky, Velden; Elfriede Werner, Herbert Wildauer, Wien **75. Ge-**

burtstag: Rosa Wagner, Eisenstadt; August Schrumpfer, Graz; Karl Peyerl, Inzersdorf; Wolfgang Furch, Karnabrunn; Peter Munk, Elfriede Pros, Eleonore Suchacek, Elisabeth Weihsmann, Wien



Grauer Wolf im Schafspelz

Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft: „Grauer Wolf im Schafspelz“ ist ein Buch, herausgegeben von der Volkshilfe Oberösterreich, das den Einfluss von faschistischen Gedanken auf Vereine von türkischen Migrantinnen und Migranten aufzeigt und Lösungsvorschläge anbietet.

Damit stellt dieses Buch eine lesenswerte Lektüre für politisch interessierte und insbesondere für politisch handelnde Personen dar.

Im ersten und zweiten Kapitel gibt Mitautor Kemal Bozay einen historischen Abriss über die türkische staatspolitische und gesellschaftliche Entwicklung vom Osmanischen Reich bis zur Gegenwart.

Er beschreibt hier sehr verständlich den Weg der Jungtürken vom Nationalismus hin zum Chauvinismus bis zum Faschismus, der im Genozid an den Armeniern und in der brutalen Unterdrückung der Kurden mündete. Weiters die Ära Atatürk, mit ihren

weitreichenden Reformen, Hinwendung an eine europäische Gesellschaftsform, mit einhergehender Trennung von Staat und (islamischer) Religion. Die Rolle der Türkei im Zweiten Weltkrieg wird beleuchtet und schließlich die Zeit bis in die 1990er Jahre mit den Militärdiktaturen bei gleichzeitigem Erstarken der faschistischen Bewegung.

Christian Schörkhuber geht dann auf die gegenwärtigen faschistischen Aktivitäten in der Türkei ein und zeigt die Tätigkeiten der Grauen Wölfe in Deutschland auf, die paradoxe Verbindung mit den deutschen Rechtsextremen, die Banalisierung und Verharmlosung trotz verfassungsfeindlicher Merkmale und spricht sich deutlich gegen die „Unkultur des Wegschauens“ aus.

Mit dem türkischen Faschismus und den Grauen Wölfen in Österreich beschäftigen sich dann Thomas Rammerstorfer und Thomas Schmidinger. Sie gehen der Ursache des Faschismus zulaufs gerade bei den jungen

MigrantInnen auf den Grund, zeigen die Symbole und Logos der Organisation und nennen die Organisationen, die teilweise aus Unkenntnis sogar von der öffentlichen Hand subventioniert werden. Dies selbst von SPÖ geführten Bezirks- und Stadtregierungen in Oberösterreich, trotz eines einstimmig angenommenen Antrags der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen OÖ am Landesparteitag der SPÖ, jedwede Unterstützung an die Vorfeldorganisationen der Grauen Wölfe, wie den Verein Avrasya, zu unterlassen.

Was ist die Schlussfolgerung beziehungsweise was kann man tun?

Faschistoide oder gar faschistische Organisationen gehören nicht salonfähig gemacht und schon gar nicht unterstützt, sie sind nicht das Sprachrohr für MigrantInnen, sondern gehören verboten, egal welcher Ethnologie sie angehören. Gerade Österreich hat eine ganz besondere Verpflichtung, gegenüber rechten Radikalen Stärke und Unbeugsamkeit zu zeigen.

Dass junge, gesellschaftlich deklassierte und ökonomisch präkarierte Menschen rechten Populisten leicht zulaufen, ist bekannt. Dass eine Bildungsgesellschaft, die Sprachbarrieren für Kinder nicht abbaut und damit diesen Bildungsgerechtigkeit verweigert, ist nicht nur einer Gesellschaft unwürdig, sondern wie man nachlesen kann, politisch hochbrisant.

Es wird eine Reihe von Vorschlägen und Anregungen gemacht, allein es scheitert an der Umsetzung der dafür Verantwortlichen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass dieses Buch in gebotener Schärfe Stellung bezieht gegen Rechtsradikalismus, keinesfalls aber Ressentiments schürt gegen MigrantInnen.

Bozay, Kemal/Rammerstorfer, Thomas/Schmidinger, Thomas: Grauer Wolf im Schafspelz Softcover, 1. Aufl., 96 S. 2012, edition sandkorn, € 19,50 ISBN 978-3-902427-84-7

Dieter Strobel ■

In Erinnerung an Raoul Wallenberg

Raoul Wallenberg, der Retter zehntausender Juden, wurde heuer zu seinem 100. Geburtstag in zahlreichen Gedenkveranstaltungen geehrt.

Der Diplomat hatte 1944 von der schwedischen Botschaft in Budapest aus Juden durch Schutzpässe und die Bereitstellung geschützter Häuser vor der Deportation zu Zwangsarbeit in Deutschland oder in Vernichtungslager bewahrt.

In Stockholm sprach sich die schwedische Europaministerin Birgitta Ohlsson für die Einführung eines jährlichen Wallenberg-Tages am 4. August, dem Geburtstag des in aller Welt verehrten Diplomaten, aus.

Im Stockholmer Vorort Sigtuna hatte die Raoul-Wallenberg-Akademie am Samstag eine Zeremonie zu Ehren des Diplomaten im Beisein von Kronprinzessin Victoria, Bildungsminister Jan Björklund sowie Angehörigen veranstaltet.

In New Yorker Synagogen waren Gottesdienste mit einem Trauergebet für Wallenberg geplant, in Berlin sollte im Stadtteil Wilmsdorf in der Nähe der gleichnamigen Straße eine Büste Wallenbergs eingeweiht werden. In Budapest hatte es bereits am Freitag eine Gedenkveranstaltung gegeben. Bei dieser hatte der ungarische Minister für Roma-Fragen, Zoltán Balog, gefordert, „jede Bösartigkeit“ abzulehnen,

die die Würde von Menschen verletze. Er betonte dabei, dass es sich beim Antisemitismus um ein „schändliches Verbrechen“ handle. Auch das „Abstempeln“ der Roma sei ein „inakzeptables Verbrechen“. Doch zugleich sei es „auch ein ebenso großes Verbrechen, jene des Rassismus zu beschuldigen, die keine Rassisten sind“.

Ungarn war zuvor international kritisiert worden, weil es erst nach langjährigem Drängen Schritte zur Strafverfolgung des mutmaßlichen NS-Verbrechers László Csátary aufnahm. Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu hatte anlässlich eines Treffens mit Ungarns Staatspräsident János Áder im Juli vor einer Wie-

derkehr des Antisemitismus in dem Nachbarland Österreichs gewarnt. Der ungarische Präsident und Netanyahu sprachen sich gemeinsam für eine Bekämpfung des Antisemitismus aus.

Die Feierlichkeiten nehmen den Geburtstag Wallenbergs zum Anlass, das genaue Datum und die Umstände seines Todes sind nicht bekannt. Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Ungarn wurde Wallenberg im Jänner 1945 festgenommen und verschwand spurlos. Die Sowjetunion und später Russland erklärten stets, Wallenberg sei am 17. Juli 1947 in sowjetischem Gewahrsam gestorben.

Ein APA-Auszug (5.8.2012), übermittelt von Peter Lhotzky



Bruno Kreisky – rehabilitiert

Aufgrund eines Antrages des Enkels von Bruno Kreisky, Mag. Jan Kreisky, hat das Justizministerium, gemäß dem neuen Gesetz gegen die Unrechtsmaßnahmen des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes, Bruno Kreisky rehabilitiert.

Bruno Kreisky wurde im sogenannten Sozialistenprozess verurteilt und galt demnach als vorbestraft. Obwohl es hier vor

allem um eine Dokumentation seiner zu Unrecht verbüßten Strafe handelt, zeigt sich, dass das Gesetz eine Wirkung ausgelöst hat. Prof. Oliver Rathkolb hat uns den Beschluss des Justizministeriums übersendet, in dem folgende Feststellung getroffen wird:

Das Landesgericht für Strafsachen Wien stellt fest, dass die Verurteilung des Dr. Bruno

Kreisky, geboren am 22. 1. 1911, verstorben am 29. 7. 1990, vom 24. 3. 1936 zu 12 Monaten Kerker sowie die vorangegangenen bzw. damit im Zusammenhang stehenden Anordnungen, aufgrund derer er sich vom 30. 1. 1935 bis 3. 6. 1936 in Haft befand, als nicht erfolgt gelten.

Damit sind alle jene aufgefordert, deren Angehörige durch

das Dollfuß-Schuschnigg-Regime geschädigt wurden, beim Justizministerium einzureichen. Nähere Informationen bei Prof. Oliver Rathkolb, Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Sprecher des Initiativkollegs „Europäische Historische Diktaturen- und Transformationsforschung“, 1090 Wien, Spitalgasse 2, Hof 1, E-Mail: oliver.rathkolb@univie.ac.at und im Justizministerium.

Neues aus der Opferfürsorge

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz gab uns Folgendes bekannt:

„Kindern von durch NS-Verfolgung ermordeten Personen, die durch die Opferfürsorgegesetz-Novellen 1995 und 2005 in den Personenkreis nach dem Opferfürsorgegesetz aufgenommen werden (zum Beispiel Opfer der ‚Euthanasie‘ und Opfer der NS-Militärjustiz), selbst jedoch keine Leistungen nach dem Opferfürsorgegesetz erhalten, kann auf Antrag in symbolischer Anerkennung ihres Schicksals eine einmalige Leistung in Höhe von zweitausend Euro gewährt werden, wenn ihr Einkommen den

jeweiligen Richtsatz für Unterhaltsrenten nach dem Opferfürsorgegesetz nicht erreicht. Fälle, in denen die Einkommensgrenze überschritten wird, sind der Opferfürsorgekommission zur Beratung vorzulegen.“

Für 2013 betragen diese Einkommensgrenzen 1.087,30 Euro (für alleinstehende Opfer) und 1.491,80 (für verheiratete oder in Lebensgemeinschaft lebende Opfer).

Solltest du, liebe Genossin, lieber Genosse, solche Kinder von durch dieses Schicksal von NS-Verfolgung ermordeten Personen kennen, bitten wir, diese zu informieren.

Überdies werden die Einkommensgrenzen für die Vergabe von Leistungen aus dem Ausgleichstaxfonds Opferfürsorge ab 1. Jänner 2013 wie folgt erhöht:

Für Aushilfen: Einzelpersonen 1.460 Euro, Ehepaare 2.049 Euro, Erhöhungsbetrag pro Kind 300 Euro.

Für Spitalsaufenthalte: Einzelpersonen 1.807 Euro, Ehepaare 2.321 Euro, Erhöhungsbetrag pro Kind 300 Euro.

Für Aushilfen bei Heilfürsorgeleistungen (Zahnkronen, ein- und beidohrige Hörgeräte-

versorgung, Krankenbetten und Krankenfahrstühle, Sehbehelfe und Brillen, orthopädische Schuhe, sonstige Heilbehelfe und Hilfsmittel, psychotherapeutische Behandlungen): Einzelpersonen 1.755 Euro, Ehepaare 2.158 Euro, Erhöhungsbetrag pro Kind 300 Euro.

Bei allen Fragen, die Opferfürsorge betreffend, stehe ich euch mit Rat und Tat zur Verfügung.

Peter Weidner

Freiheitskämpfer/innen Oberösterreich, 4020 Linz, Weißenwolffstraße 5, Telefon 0732/78 30 88 oder 0664/533 88 29.

P. W. ■

Kultur aus „unserem Kärnten“ – Handke in Villach

Peter Handkes jüngstes Stück „Immer noch Sturm“ erlebte mit großem Beifall des Publikums seine Premiere in Kärnten in der „Neuen Bühne Villach“ am 20. September. Nicht zufällig wird dieses Stück zur gleichen Zeit aufgeführt, wenn die Theaterbühne ihren zehnjährigen Bestand feiert. Das dramatische Meisterwerk ist eine poetische und dramatisierte Suche Handkes, der im Stück als

Ich-Erzähler auftritt, nach seinen Vorfahren, slowenischen Kleinbauern in Kärnten, und deren Schicksal als verfolgte Minderheit, insbesondere in der Nazi-Zeit, und der Historie der Partisanenbewegung, welche zur Befreiung Österreichs vom Nazijoch beitrug. In einem Tagtraum werden die eigene Mutter, die Geschwister und die Großeltern versammelt und aus diesem Familienepos die

Geschichte und das Schicksal der Kärntner Slowenen entwickelt, aber damit auch der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung. Die Nachwirkung der Deutschtümelei kann daran ermessen werden, dass die Verpflichtung aus dem Staatsvertrag 1955, welche die zweisprachigen Ortstafeln in autochthonen Gebieten der slowenischen Minderheit regeln soll, erst unlängst weitgehend erfüllt

worden ist. Das Stück hat mehrere ineinander verschränkte Ebenen, eine autobiografisch-individuelle, eine psychologische, eine historische und eine politische.

Die grandiose schauspielerische Darstellung unter der Regie von Bernd Liepold-Mosser hat bei den Theaterbesuchern Bewunderung hervorgerufen und einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen. *Rudolf O. Zucha* ■



An unsere Mitglieder und Abonnenten

Wir müssen uns nochmals dafür entschuldigen, dass unsere Zeitung im Laufe des Jahres 2012 nicht regelmäßig erschienen ist. Auch unsere Absicht, die Arbeit einem Redaktionskomitee mit einem geschäftsführenden Redakteur vorzusetzen, ist aus verschiedenen Gründen heuer noch nicht realisiert worden. So haben die aktiven Redaktionsmitarbeiter Gerald Netzl, Ali Kohlbacher, Peter Weidner und ich die für uns wichtigsten Themen zusammengefasst, sodass ihr weiterhin gut informiert bleibt. Die Gründe für diese Vorgangsweise sind schon in der vergangenen Nummer angeführt worden. Außerdem wird

unsere gesamte Organisation zurzeit administrativ von einer Halbtagskraft und einer Mitarbeiterin mit geringfügiger Beschäftigung erledigt. Alle anderen Mitarbeiter sind ehrenamtlich und schon aus beruflichen Gründen nicht immer verfügbar.

Wir hoffen, dass wir im nächsten Jahr wieder regelmäßig erscheinen, und wünschen allen ein erfolgreiches Jahr 2013, in dem es für uns eine Reihe von wichtigen Aufgaben geben wird, vor allem im Zusammenhang mit dem Gedenkjahr 75 Jahre seit der Besetzung Österreichs durch Nazi-Deutschland.

Ernst Nedwed

Vorankündigung: Februargedanken 2013

Am 11. Februar 2013 jährt sich der Todestag Franz Schuhmeiers zum 100. Mal. Aus diesem Anlass steht das kommende Februargedanken im Zeichen Franz Schuhmeiers. Und auch „Das Rote Wien im Waschsalon Karl-Marx-Hof“ widmet dem „Volkstribun aus Ottakring“ eine Hommage. Am Freitag, dem 15. Februar 2013, laden die SPÖ Wiener Bildung, der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen,

die Sozialistische Jugend Wien und die SPÖ Ottakring zum Gedenken an die Opfer der Februarkämpfe 1934 ein. Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr am Schuhmeierplatz im 16. Gemeindebezirk in Wien.

Begrüßung: Ernst Woller

Es sprechen: Christian Oxonitsch, Prof. Hannes Schwantner, stv. Bundesvorsitzender, Marina Hanke (SJ) und Bürgermeister Michael Häupl

HAUPTAUSSCHUSS BEFASST SICH MIT NATIONAL- UND ENTSCHÄDIGUNGSFONDS

Ex-VfGH-Präsident Adamovich wird Parteien-Transparenz-Senat leiten

Wien (PK) – Einen weiteren Schwerpunkt der Sitzung des Hauptausschusses bildeten die Jahresberichte 2011 des Zukunftsfonds, des Nationalfonds, des Entschädigungsfonds und des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe. Zudem nahmen die Abgeordneten den von Bundeskanzler Werner Faymann vorgelegten Besetzungsvorschlag für den unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat an.

Dem Vorschlag zufolge soll der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichtshofs Ludwig Adamovich den Senat als Vorsitzender leiten. Als sein Stellvertreter ist Gunther Gruber, ehemaliger Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofs, als weiteres Mitglied die Vizepräsidentin des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages Marcella Prunbauer-Glaser vorgesehen.

Als Ersatzmitglieder werden der ehemalige Verfassungsrichter Kurt Heller, Marianne Händschke vom Verwaltungsgerichtshof und Landtagsdirektor Engelbert

Rauchbauer genannt. Der Beschluss im Hauptausschuss fiel einstimmig, die formale Ernennung der Senatsmitglieder erfolgt durch den Bundespräsidenten.

Der Parteien-Transparenz-Senat ist gemäß § 11 Parteiengesetz beim Bundeskanzleramt einzurichten. Er entscheidet aufgrund der vom Rechnungshof übermittelten Unterlagen über die Verhängung von Geldbußen und Geldstrafen im Falle eines Verstoßes gegen die neuen strengen Offenlegungs- und Rechenschaftspflichten für Parteien.

Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Senats sind in Ausübung ihres Amtes unabhängig und an keine Weisungen gebunden, sie werden für die Dauer von fünf Jahren ernannt.

Die aktuellen Geschäftsberichte des Zukunftsfonds, des Nationalfonds, des Entschädigungsfonds und des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe wurden ebenfalls – jeweils einstimmig – zur Kenntnis genommen.

Wir werden über die für uns wichtigen Maßnahmen noch berichten.

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Annemarie Hopfgartner, Ali Kohlbacher, Peter Larndorfer, Peter Lhotzky, Johann Maier, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Dieter Strobel, Peter Weidner, Eva Zeman, Rudolf O. Zucha **Grafische Gestaltung:** Jennifer Neumann **Lektorat:** Roswitha Singer-Valentin

IMPRESSUM: Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Media Quarter Marx 3.2, Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien, Telefon: 524 70 86-0 **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt, Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus **Zlnr.:** GZ 02Z033355M